

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **58 (1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

PLANUNG DER POLITISCHEN ZUKUNFT?

In den letzten Wochen des alten Jahres haben die politischen Körperschaften aller Stufen ihre Haushaltbudgets verabschiedet. Das heisst Parlamente und Gemeindeversammlungen haben den finanziellen Rahmen für die öffentliche Tätigkeit im neuen Jahr gesetzt. Es ist noch gar nicht so lange her, da dieser Anlass jeweils als parlamentarische Sternstunde gefeiert worden war. Denn das Budgetrecht war einst gegen grosse Widerstände erkämpft worden und stellte seither das eigentliche Statussymbol abschliessender Kompetenz der Volksvertretung dar.

Inzwischen hat sich aber die Situation von Grund auf geändert. Längst besteht ein grosser Teil des Jahresbudgets aus sogenannten gebundenen, das heisst zwingend durch das Gesetz vorgeschriebenen Ausgaben, an denen im Rahmen der Haushaltdebatten schon aus formalrechtlichen Gründen wenig bis nichts geändert werden kann. Darum tun sich Regierungen und Parlament ja auch so schwer, unter den veränderten Bedingungen der Rezession kurzfristig grössere Sparübungen zu verwirklichen. Wenn man bedenkt, dass zum Beispiel im Kanton Zürich das Staatsbeitragswesen in über 70 Gesetzen verankert ist und allein schon rund 30 Prozent des Jahreshaushalts beansprucht, und wenn man ferner weiss, dass weitere 35 Prozent auf die Personalkosten entfallen, dann wird rasch klar, wie klein im Grunde der Spiel-

raum für echte Haushaltspolitik geworden ist.

Vor allem aber ist das Budgetrecht nicht mehr jenes zentrale Mittel politischer Steuerung und Planung, als das es ursprünglich konzipiert war. Dafür gibt es heutzutage längerfristige Planungen im eigentlichen Sinn des Wortes: von den «Richtlinien für die Regierungspolitik» über die rein informellen Finanzpläne bis hin zu den grossen planerischen Gesetzgebungswerken unserer Tage. Und gerade auf diesem neuen Felde politischer Zukunftsgestaltung haben die Parlamente bisher ihren Tritt noch nicht so recht gefunden. Einerseits mag es damit zusammenhängen, dass der Begriff der Planung allzulange marxistisch verfremdet war. Andererseits aber sind die Parlamente und Parlamentarier normalerweise auch nicht dazu ausgestattet, eigene Planung zu realisieren oder sich auch nur genügend Sachkunde anzueignen, um die Planungstätigkeit von Regierung und Verwaltung wirklich kontrollieren zu können.

Zwar sind es in Bund und Kantonen immer wieder auch parlamentarische Vorstösse gewesen, die zu grösseren Planungsunternehmen geführt haben, wie zum Beispiel jene für eine Gesamtverteidigung, für die Gesamtenergiekonzeption oder für die «Richtlinien der Regierungspolitik» des Bundesrates. Zumeist war dann aber das Parlament nicht in der Lage, die Pro-

jekte sozusagen begleitend mitzugestalten. Es konnte weder über Zielsysteme noch über Prioritäten mitreden, bevor dann schliesslich das Planungswerk der Experten als Gesetzesantrag auf dem Tisch des Hauses lag. Natürlich kam es auch in dieser Phase immer wieder zu Änderungen, doch sie hatten eher punktuellen Charakter und waren auch nicht immer dazu angetan, das ganze zu verbessern. Im wesentlichen lief es jeweils auf ein Ja oder Nein zum Paket hinaus, wobei die halbherzigen Ja im Parlament meist überwogen – und übrigens dazu beitrugen, dass hinterher manches dieser Werke als politisch nicht ganz ausgereift erschien.

Hier wird man künftig noch bessere Formen der «Planung der Planung» finden müssen – Formen, welche das Parlament früher und stärker miteinbeziehen, ohne dass dabei «Gegenbürokratien» aufgezogen werden müssten. Es geht einzig und allein darum, das Parlament auf den verschiedenen Zwischenstufen bei den Scharnierstellen angemessen zum Zuge kommen zu lassen. Denn um das alte Wort vom Krieg und den Generälen abzuwandeln: Planung in der Politik ist heutzutage viel zu wichtig und folgenswer, als dass sie allein den Exekutiven mit ihren Expertokratien überlassen bleiben dürfte.

Richard Reich

TALFAHRT DES DOLLARS – UND WAS WEITER ?

Die Talfahrt des Dollars geht «unaufhaltsam» weiter. Niemand vermag mit letzter Sicherheit anzugeben, welche Kräfte den Kurszerfall der amerikanischen Währung bewirken. Zwar gibt es eine plausible Theorie, die die Vorgänge mittel- und längerfristig zu erklären vermag: solange die Schweiz eine Stabilitätsinsel in einer weiterhin inflationierenden Umwelt bleibt, ist eine nominelle Kurssteigerung des Schweizer Frankens nicht zu verhindern (Kaufkraftparitätentheorie). Der Trend liegt also fest. Was aber bewirkt die kurzfristigen Ausschläge, das «overshooting»? Zur Aufhellung dieser Vorgänge existieren nur, wie sich Notenbankpräsident Fritz Leutwiler kürzlich ausgedrückt hat, «verschiedene Grade der Unwissenheit».

Auffallend ist bei dieser Situation, dass sich der «Jammerkoeffizient» der schweizerischen Exportwirtschaft umgekehrt proportional zum Kurszerfall des Dollars bewegt. Herrschte zu Beginn der Krisenjahre Weltuntergangsstimmung, so ist nun, alles in allem genommen, eine bemerkenswerte *Nüchternheit* festzustellen. Auf welche Faktoren ist dieses Phänomen zurückzuführen? Einmal wäre darauf hinzuweisen, dass der nominelle Wechselkurs Franken/Dollar in seiner Bewegung eine Dramatik widerspiegelt, die dann ganz wesentlich abgebaut wird, wenn der Blick auf die *realen Wechselkurschwankungen* (bereinigt durch die internationalen Inflationsdifferenzen) fällt. Und *sie* sind für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbskraft

unserer Exportindustrie in erster Linie massgebend.

Sodann deuten alle globalen Indikatoren darauf hin, dass der Anpassungsprozess in der schweizerischen Exportindustrie offenbar sehr *weit fortgeschritten* ist. Die ersten Rezessionsjahre haben Energien mobilisiert, die in den «leichten» Jahren der Hochkonjunktur verschüttet worden waren. Dies scheint der Grund dafür zu sein, dass trotz wesentlich härteren Bedingungen die Unternehmergewinne 1976 insgesamt wieder gestiegen sind und auch die Exporte eine bemerkenswerte Belebung erfahren haben.

Und endlich wäre ins Licht zu stellen, dass der Dollar zwar für den

schweizerischen Aussenhandel wichtig, aber nicht allein ausschlaggebend ist. Andere Währungsrelationen, etwa jene zur D-Mark fallen stärker ins Gewicht. Aus all diesen Gründen wäre es wohl verfehlt, den Dollarzerfall zum Ausgangspunkt eines rabenschwarzen Pessimismus zu machen. Um die Tatsache, dass eine Stabilisierung des Binnenwertes des Schweizer Frankens die Preisgabe seines Aussenwertes bedeutet, ist nicht herumzukommen. Die Vorteile, die sich aus der wiedergewonnenen binnenwirtschaftlichen Stabilität ergeben, sind wesentlich höher zu veranschlagen als die Schwierigkeiten, die die schwankenden Wechselkurse erzeugen.

Willy Linder

DER NAHE OSTEN IN BEWEGUNG

Präsident *Sadats* Flug nach *Jerusalem* ist weitherum überschwenglich als die grosse Wende im Nahostkonflikt gefeiert worden. Tatsächlich hat der ägyptische Staatschef mit seinem überraschenden Entschluss, die Einladung des israelischen Premierministers *Begin* anzunehmen, neue Akzente gesetzt und eine neue Phase in der israelisch-arabischen Auseinandersetzung eingeleitet. Das ist zumindest ein ermutigendes Symptom, auch wenn alle Indizien darauf hindeuten, dass der Weg zu einem endgültigen Frieden noch sehr lang und sehr weit sein wird.

Die *Hindernisse*, die überwunden werden müssen, türmen sich auch jetzt noch hoch auf. Da ist zunächst die Re-

aktion auf *Sadats* Entschluss in weiten Teilen der *arabischen Welt*. Der ersten Empörung sind zwar rasch besonnene Stimmen gefolgt und auch auf der Konferenz von Tripolis hat sich gezeigt, dass es schwerhalten wird, eine inner-arabische Front gegen Ägypten aufzurichten. So stark auch das Pendel der Emotionen ausgeschlagen hat, in der harten Substanz bleibt wenig übrig. Der syrische Präsident *Asad* hat zumindest indirekt verspüren lassen, dass er nicht daran denkt, sich bedingungslos in eine antiisraelische Front einreihen zu lassen und dass er mit *Sadat* zwar nicht in der Methode, wohl aber im Ziel übereinstimmt. Dieses Ziel jedoch, das muss betont werden, heisst immer noch:

Rückgabe *aller* 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete, also auch Jerusalems, und Anerkennung der Rechte der Palästinenser durch Schaffung eines eigenen souveränen Staates. Von diesen Forderungen ist auch Sadat in Jerusalem um kein Jota abgerückt.

Auf der andern Seite aber hat auch Israels Regierung bisher kaum erkennen lassen, wo und wie sie zu *Kompromissen* geneigt ist. Man mag das als Teil einer Taktik ansehen, welche darauf spekuliert, nicht durch Vorleistungen die eigene Position zu frühzeitig ins Gleiten zu bringen. Über früher oder später aber wird Begin seine Karten auf den Tisch legen müssen, will er nicht riskieren, von der arabischen Gegenseite als unglaubwürdig abqualifiziert zu werden. Auch *innenpolitisch* steht der israelische Regierungschef unter Druck, und zwar von beiden Richtungen her. «Tauben» und «Falken» in Regierungskoalition wie Opposition lauern gleicherweise darauf, wie Begin seine Bedingungen formulieren und wie weit er den Arabern entgegenkommen wird.

Und schliesslich bleiben noch die *Grossmächte*. Die USA sind nach einigem Zögern nun auf Sadats Linie eingeschwenkt und haben es damit in Kauf genommen, auch eventuellen *Teillösungen* des Konflikts zuzustimmen. Damit kehren sie, wenn auch in anderer Form, wieder auf die Linie der «Step-by-step»-Politik zurück, die einst Henry Kissinger betrieben und damit

zumindest eine Entkrampfung im Nahen Osten erreicht hatte. Ziel Washingtons bleibt aber nach wie vor die *globale Lösung* im Rahmen der Genfer Konferenz, deren Wiedereinberufung Präsident Carter seit jeher mit Nachdruck betrieben hat.

Sich selbst treu geblieben ist die *Sowjetunion*, die im östlichen Mittelmeer seit eh und je die Rolle des Störenfrieds gespielt hat, dessen hauptsächlichstes Interesse darin besteht, jede konstruktive Lösung hinauszuzögern, wenn nicht gar zu verunmöglichen und den Topf so am Brodeln zu erhalten. Moskau hat sich dadurch mehr als einmal aus den Entscheidungen im Nahen Osten selbst hinausmanövriert. Das Gewicht der Sowjets lastet aber trotzdem noch immer schwer auf dieser Region, der im internationalen Kräftespiel eine wirtschaftlich wie strategisch gleich wichtige Schlüsselposition zufällt. Ohne Zweifel wird der Kreml versuchen, alle Lösungen, die zu einer tatsächlichen Befriedung führen könnten, so lange wie möglich zu verhindern; denn mit einem Friedensschluss würde der *Einfluss* der Sowjetunion im Nahen Osten voraussichtlich noch weiter zurückgedrängt – eine Entwicklung, die nicht nur für das Prestige der UdSSR, sondern auch auf deren weit ausgreifende globalstrategische Konzeptionen in Afrika und im Indischen Ozean seine unausweichlichen Rückwirkungen hätte.

Alfred Cattani